

II- 11229 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen  
des Nationalrates XVII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 5558 /J

1990 -05- 2 3

A N F R A G E

der Abgeordneten Apfelbeck, Dkfm. Bauer  
an den Bundesminister für Finanzen  
betreffend die Österreichische Investitionskredit AG

Die Aktionäre der österreichischen Investitionskredit AG haben in einer Syndikatssitzung am 23. Juni 1987 beschlossen, daß die drei verstaatlichten Banken mindestens 4 % ihres an der Investkredit gehaltenen Aktiennominales bis spätestens 30. Juni 1987 veräußern. Wie dem Sitzungsprotokoll zu entnehmen war, sollte durch eine solche Transaktion eine ehebaldig erwartete Überprüfung der Gebarung der Investkredit durch den Rechnungshof verhindert werden. Der Verfassungsgerichtshof konnte dementsprechend in einem auf Anrufung des Rechnungshofes eingeleiteten Verfahren nur mehr die Zuständigkeit des Rechnungshofes zur Gebarungsüberprüfung der Investkredit für die Jahre 1978 bis 1986 feststellen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Herrn Bundesminister für Finanzen die

A n f r a g e :

- 1) Wie beurteilen Sie als Eigentümervertreter der Creditanstalt und der Länderbank die Veräußerung von Investkredit-Anteilen durch diese Banken mit dem alleinigen Zweck, die Prüfungskompetenz des Rechnungshofes auszuschalten?
- 2) Sind Sie von dieser Veräußerung informiert worden?
- 3) Wie beurteilen Sie insgesamt die Ausschaltung der Rechnungshofkontrolle bei einer im Gesamtinteresse der österreichischen Wirtschaft arbeitenden Förderungsbank?
- 4) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß die Prüfungskompetenz des Rechnungshofes für die Österreichische Investitionskredit AG wieder hergestellt wird?